

Zeitschrift: SuchtMagazin
Herausgeber: Infodrog
Band: 34 (2008)
Heft: 5

Artikel: Nein zur Hanfinitiative
Autor: Geissbühler, Andrea
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-800680>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

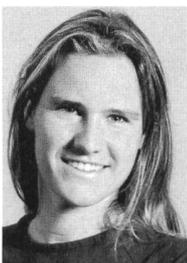
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nein zur Hanfinitiative

Die liberale Drogenpolitik und die Verharmlosung des Cannabis-konsums in der Schweiz müssen gestoppt und dürfen nicht mit dem neuen Hanfgesetz legalisiert werden. Denn bereits heute wird in der Schweiz so viel Cannabis «konsumiert» wie in kaum einem anderen Land Europas.¹

ANDREA GEISSBÜHLER*

Die verheerenden Auswirkungen des Rauschgiftes Tetrahydrocannabinol THC, das sich im Drogenhanf befindet, sind offensichtlich. KifferInnen leiden an Unkonzentriertheit, Gereiztheit, Wahrnehmungs- und Gedächtnisstörungen, was zu Schwierigkeiten in der Schule oder in der Berufsausbildung führen kann. Solche Misserfolge, verbunden mit Antriebsschwäche und einer negativen Stimmungslage, enden nur allzu oft beim Konsum harter Drogen. Eltern, Lehrpersonen, aber auch Jugendliche sind tagtäglich mit den negativen Folgen des Kiffens konfrontiert.



* Andrea Geissbühler, Nationalrätin BE (SVP), 3037 Herrenschanen, andrea.geissbuehler@bluewin.ch

Jahrelang hat die Schweizer Hanf Koordination² in einem verzweigten Netzwerk illegale Geschäfte in Milliardenhöhe getätigt und die Behörden und die Polizei mit so genannten Duftsäcklein genarrt. Ihr Präsident, der SP-Politiker François Reusser, welcher auch Mitinitiant der «Hanfinitiative» ist, war schon mehrere Male in juristische Verfahren verwickelt.

Es ist erwiesen, dass die Rauschgiftproduktion die Gesellschaft und Wirtschaft destabilisiert. Immer wenn in einem Land der Drogenhandel an Bedeutung gewinnt, mehren sich auch die Gewaltverbrechen, die Rechtsstaatlichkeit ist in Gefahr und Korruption schwächt das politische System. Diese negativen Auswirkungen können nicht mehr länger unter dem Deckel gehalten werden. Sogar die Plenarversammlung des Jugendparlamentes hat am 23. November 2007 die Drogenhanfinitiative abgelehnt.

Es erstaunt aber, wie wissenschaftliche Forschungsergebnisse von den Befürwortern der Drogenhanfinitiative auf arrogante Art und Weise ignoriert werden. Verschiedene Studien belegen, dass das Nervengift THC fettlöslich ist und sich daher vor allem im Gehirn ablagert und dessen Funktion beeinträchtigt. So haben bekiffte AutofahrerInnen, ein fast doppelt so hohes Risiko, tödliche Verkehrsunfälle zu verursachen, als nüchterne LenkerInnen. Landeversuche von Piloten im Flugsimulator zeigten nach dem Rauchen von nur einer Haschischzigarette eine Landeabweichung von der Zielgeraden von bis zu 10 Metern. Bezeichnenderweise bemerkten die Haschischkonsumenten ihre Fehlleistungen nicht. Andere Untersuchungen zeigten, dass regelmässige KifferInnen (3-5 Joints pro Tag) ähnliche Elektroenzephalogramme (Kurvenbild der Hirnströme) aufweisen wie 70- bis 80-jährige an schwerer Arteriosklerose Erkrankte!

Nun wird versucht, mit der Initiative mit dem verführerischen Namen «für eine vernünftige Hanfpolitik mit Jugendschutz» die Bevölkerung für eine weltweit einmalige Drogenhanfpolitik zu gewinnen. Doch die Forderungen betreffend Jugendschutz und kontrolliertem Hanfanbau sind reine Augenscherelei und in der Praxis undurchführbar.

Wie schwierig es ist, einen echten Jugendschutz zu gewährleisten, zeigt sich am Beispiel Alkohol. Drogenhanfhändler werden immer neue Kunden verführen und vom Suchtmittel THC abhängig machen. Auch würden die vom Staat bewilligten Drogenhanfanbauflächen kriminelle Banden anziehen, so dass Sicherheitsleute die Flächen bewachen müssten. Ebenfalls würde durch die Alterslimite ein falsches Signal vom Staat ausgesendet, nämlich dass ab 18 Jahren das Kiffen erlaubt und deshalb unschädlich sei. Was wir PolizistenInnen dann mit kiffenden 16-Jährigen machen müssten, konnte mir noch keiner der Befürworter dieser verfehlten und gefährlichen Initiative erklären.

Ich bin der Meinung, dass ein solch wichtiges gesellschaftliches Problem sachlich angegangen werden muss. Ideologie oder die Aussicht auf lukrative Geschäfte haben dabei keinen Platz. Für die Meinungsbildung müssen die neusten Forschungsergebnisse beigezogen und endlich zur Kenntnis genommen werden! Die Publikation zur klinischen Studie des Swiss Early Psychosis Project SWEPP, welche bei 45 570 schwedischen Rekruten durchgeführt wurde, zeigt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Cannabis-konsum und dem Risiko, an einer Psychose oder einer Schizophrenie zu erkranken. 18-jährige Testpersonen, welche mehr als 50 Mal Cannabis konsumiert hatten, zeigten ein sechsfach erhöhtes Krankheitsrisiko. Ähn-

liche Resultate konnten Drogenexper-
ten aus Grossbritannien und Neuseeland
liefern. Die Forscher ziehen aus diesen
neuesten Studien folgende Konsequen-
zen. Ich zitiere: «Aus gesundheitspoli-
tischer Sicht ist es beunruhigend, dass
nicht nur die Häufigkeit des Cannabi-
skonsums sowie die konsumierten
Konzentrationen des THC steigen,
sondern die Konsumenten auch immer
jünger werden. Die toxische Wirkung
des Cannabis auf das Gehirn führt zu
ungünstigen kognitiven Einbussen. Aus
dem gesundheitspolitischen wird aber
auch ein wirtschaftspolitisches Pro-
blem, wenn nämlich die bereits früh
an einer Psychose Erkrankten keine
Arbeitsfähigkeit erlangen können und
von Sozialleistungen abhängig werden,
wobei immer auch die Bürde der betrof-
fenen Familien berücksichtigt werden
muss. Schizophrene Psychosen gehören
zu den kostenträchtigsten Krankheiten
überhaupt. Es ist daher die gemeinsa-
me Aufgabe von Ärzten und Gesund-
heitspolitikern, auf die Gefahren, die
Cannabis darstellt, hinzuweisen und
für eine differenzierte Aufklärung der
Öffentlichkeit – in Schulen und Medien
– zu sorgen.»

Auch der Forschungsbericht ESPAD
von 2003 der Schweizerischen Fach-
stelle für Alkohol- und andere Dro-
genprobleme SFA müssen die Bürge-
rinnen und Bürger und die politischen

Entscheidungsträger unbedingt zur
Kenntnis nehmen. Ich zitiere: «Kogni-
tive Defizite, geringer Bildungserfolg
und vor allem eine verschlechterte psy-
chosoziale Anpassung sind die Folgen
eines frühen Einstiegs in den Cannabi-
sgebrauch»³ Weiter heisst es, dass bis
auf wenige Ausnahmen, Problemwer-
te parallel zur Häufigkeit des Cannabi-
skonsums ansteigen. Dabei hängen
staatliche Massnahmen und elterliche
Kontrollen eng zusammen. Eltern las-
sen sich in ihren Erziehungsgrundsätzen
bezüglich Substanzkonsum und Regel-
verletzungen durch staatliche Regelun-
gen beeinflussen.⁴

Deshalb müssen wir bei dieser Weichen-
stellung in der Drogenpolitik unsere
grosse Verantwortung wahrnehmen
und uns nicht vom irreführenden Titel
«Für eine vernünftige Hanfpolitik mit
wirksamem Jugendschutz» blenden las-
sen. Mir müssen uns gemeinsam gegen
eine Verharmlosung des Kiffens einset-
zen, das Angebot an Drogenhanf muss
möglichst klein gehalten und die Kin-
der und Jugendlichen in einem gesun-
den Lebensstil unterstützt werden. Die
Genfer Philosophin Frau Prof. Jeanne
Hersch meinte zum Thema Drogenle-
galisierung: «Zum Wesentlichen des
Menschseins gehört die Freiheit zur
Entscheidung. Der Drogenkonsum
aber verhindert, dass der Mensch wirk-
lich Mensch sein kann. Der Drogen-

konsument verliert seine Freiheit und
Fähigkeit, Verantwortung für sich und
andere zu übernehmen. Chemische Sub-
stanzen dürfen nicht über das Verhal-
ten der Menschen entscheiden. Wenn
Drogen das Leben bestimmen, nimmt
man Abschied von der menschlichen
Entscheidungsfreiheit. Deswegen ist
es eine reine Perversion des Denkens,
wenn man behauptet, es gehöre zu den
Menschenrechten, Drogen konsumie-
ren zu dürfen.» ■

Anmerkung der Redaktion: Bei diesem Text
handelt es sich um eine politische Stellung-
nahme. Die Verantwortung über die Rich-
tigkeit der Quellenangaben liegt bei der
Autorin. Die Redaktion konnte diese nicht
zweifelsfrei zuordnen.

Literatur

- SFA (2004): Das European School Survey Pro-
ject on Alcohol and Other Drugs (ESPAD) in
der Schweiz. Wichtigste Ergebnisse 2003 und
akutelle Empfehlungen. Lausanne.

Endnoten

- ¹ Der Text bezieht sich u.a. auf den Beitrag von Geis-
sbühler, Sabina: Zu Cannabiskonsum und Psycho-
sen. Editorial in «Drogenabstinenz Schweiz» 2/06,
Mitteilungsblatt für abstinenzorientierte Gruppie-
rungen, Schweizerische Vereinigung «Eltern gegen
Drogen», Bern.
- ² vgl. <http://www.hanf-koordination.ch>
- ³ SFA 2004.
- ⁴ vgl.ebd.

